

Herausforderung Klimawandel

Frankreich und Deutschland suchen nach Lösungen

Sébastien Vannier*

» Durch die Einrichtung von Konsultationsrunden zum Thema Umwelt im Jahr 2007 wollte Nicolas Sarkozy Frankreich die Rolle des ökologischen Vorreiters in Europa sichern. Durch den Druck der Bürger war eine „Grüne Revolution“ ins Rollen gekommen. Doch ist Frankreich dabei, Deutschland einzuholen, das sich von jeher durch sein ökologisches Bewusstsein ausgezeichnet hat? Man darf seine Zweifel haben.

Mit einer Kanzlerin an der Spitze, die zumindest anfangs auf der internationalen Bühne die Rolle der ökologischen Vorreiterin übernehmen wollte, präsentierte die deutsche Regierung kurz vor dem Sommer eine Reihe von Maßnahmen, die als „die weltweit ehrgeizigsten“ gelten. Abgesehen von ihren guten Absichten im Inneren werden Frankreich und Deutschland vor allem Seite an Seite kämpfen müssen, um das Klima-Energie-Paket in der Europäischen Union während der aktuellen französischen Ratspräsidentschaft durchzusetzen. Europa hat nur geschlossen eine Chance, seine Partner – die Vereinigten Staaten, China, Indien und Russland – zu überzeugen. Das ist die unerlässliche Voraussetzung für den Versuch, das Ausmaß der sich ankündigenden ökologischen Katastrophe zu begrenzen.

Da die Klimafrage selbstredend keine Grenzen kennt, obliegt es im Prinzip zunächst der internationalen Gemeinschaft, die großen Linien dieser Politik festzulegen. Man muss bis ins Jahr 1992 und den damals in Rio de Janeiro stattfindenden Erdgipfel zurückgehen, um den Ausgangspunkt für ein globales Management der Umweltprobleme ausfindig zu machen. Beim damaligen Anlass entstand das Rahmenabkommen der Vereinten Nationen zum Klimawandel, ein Text, den man seither als Referenz handelt. Fünf Jahre später wurde 1997 das berühmte Kyoto-Protokoll unter-

zeichnet, in dem die Reduzierung der Treibhausgase verbindlich festgelegt ist. Das 2005 in Kraft getretene Protokoll legt jedes Land auf bestimmte Ziele fest. Frankreich zum Beispiel hat sich verpflichtet, seine Emissionen bis 2012 auf dem Level von 1990 zu halten, und Deutschland wird darauf festgelegt, sie um 21 % zu reduzieren. Diese Zahl ist im Kontext des Zusammenbruchs der ostdeutschen Industrie nach dem Berliner Mauerfall zu interpretieren.

2007 hat sich die Debatte um die Erderwärmung verschärft. Die politischen Entscheidungsträger und die öffentliche Meinung wurden sowohl durch die verstärkt auftretenden Naturkatastrophen alarmiert (Tsunami, Katrina etc.), als auch durch den Stern-Bericht über die Kosten des Klimawandels oder den ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore und seinen Film „Eine unbequeme Wahrheit“. Der ihm zusammen mit dem UN-Klimarat verliehene Friedensnobelpreis symbolisiert das wachsende Bewusstsein für die Klimafrage.

Das Jahr 2007 ging mit der Bali-Konferenz zu Ende, die in der Folge des Kyoto-Protokolls ein Abkommen für beginnende zwischenstaatliche Verhandlungen ermöglichte, um die Hauptachsen im Kampf gegen die Erderwärmung nach 2012 festzulegen. Alle betroffenen Länder haben sich auf das Ziel verpflichtet, die Temperaturerhöhung

* Sébastien Vannier ist Berliner Korrespondent der Website www.lepetitjournal.com, der Online-Zeitung für die Auslandsfranzosen. Übersetzung: Dr. Nicola Denis.

auf 2 Grad zu beschränken, was (gemessen an den 1990 vorliegenden Zahlen) eine Halbierung der CO₂-Emissionen bis 2050 erfordert. Andernfalls wären die ökologischen und wirtschaftlichen Folgen katastrophal. Eine Reihe von Verhandlungen ist geplant – wie die im Juli 2008 in Bonn organisierte oder die für Dezember 2008 in Poznan geplante Veranstaltung –, um anlässlich der 2009 in Kopenhagen stattfindenden Klimakonferenz ein Schlussabkommen zu erreichen.

Europa überzeugen

Die EU versucht, im Rahmen dieser internationalen Verhandlungen als Leader aufzutreten und geht unerschrocken mit gutem Beispiel voran, indem sie sich selbst drakonischen Maßnahmen unterzieht. Bei der Umsetzung der eigenen Ziele für die Reduzierung der CO₂-Emissionen fungiert das Emissionshandelssystem (*Emission Trading System*, ETS) als wichtigste Maßnahme. Um die vom jeweiligen Staat bewilligten Emissionsquoten zu respektieren, haben die Industriellen einen Finanzmarkt für eine Art „Lizenzen zur Umweltverschmutzung“ eingerichtet, auf dem sie die Rechte zur CO₂-Emission kaufen und verkaufen können.

Die Europäische Kommission hat am 23. Januar 2008 gleichfalls eine Liste mit Gesetzesvorschlägen vorgelegt, das „Klima-Energie-Paket“. Die drei Hauptziele des Programms werden oft unter der Formel „20-20-20“ zusammengefasst:

- die Reduzierung der Treibhausgase um 20 % bis 2020 (gemessen an 1990), und sogar um 30 %, wenn die anderen Industrieländer mitmachen. Bei den Zuteilungen für die einzelnen Länder sind Frankreich und Deutschland exakt der gleichen Auflage ausgesetzt: -14 % zwischen 2005 und 2020.
- der Übergang zu 20% erneuerbarer Energien, bezogen auf den gesamten Energieverbrauch der Union bis 2020 (gegen aktuell 8,5%). Dies entspricht einem Übergang zu 23% für Frankreich und 18% für Deutschland.
- schließlich die Steigerung der Energieeffizienz um 20 %.

Französische Prioritäten

In Frankreich legt das Programmgesetz vom 13. Juli 2005 als Ergebnis einer im Januar 2003 eingeleiteter Vortrags- und Diskussionsserie die Ausrichtung der Energiepolitik fest. Es erklärt den Kampf gegen den Klimawandel zur absoluten Priorität der französischen Energiepolitik.

Bei der anderen Hauptmaßnahme handelt es sich um die Festlegung des Klimaplanes im Jahr 2004, mit dessen Hilfe Frankreich sein in Kyoto gestecktes Ziel einhalten soll, nämlich die CO₂-Emissionen für den Zeitraum von 2008–2012 auf dem Level von 1990 zu halten. Der 2006 aktualisierte Plan listet die für diese Zielsetzung nötigen Maßnahmen in sämtlichen Bereichen der Wirtschaft und des Alltagslebens (etwa im Bau- und Transportwesen) auf. Er sieht gleichzeitig vor, die Emissionen bis 2050 um das Vierfache zu reduzieren – soweit die Maßnahme „Faktor 4“.

Der Klimaplan soll – nach dem Vorbild der Verhandlungen, an denen die verschiedenen Parteien zum Abschluss der Mai-Unruhen 1968 teilnahmen und an deren Namen er sich orientiert (*„Le Grenelle de l'environnement“*) – durch die Konsultationsrunden im Oktober 2007 ausgeweitet werden. Diese französische „Grüne Revolution“, angestoßen von Nicolas Sarkozy, der durch die Einberufung der Zivilgesellschaft, von Vereinen, Firmen und Wissenschaftlern unter der Ägide der Regierung eines seiner Wahlkampfversprechen einlösen wollte, hat eine Reihe von Vorschlägen hervorgebracht: den Bau von 2000 Kilometern für den TGV, die Einführung der sogenannten *„Ecopastille“* für Autos und einer Lkw-Abgabe, die Einführung einer „Kohlensteuer“, die Verpflichtung der Unternehmen, ihre Energiebilanz aufzustellen, Steuerbeihilfen bei der Gebäudeisolierung und für erneuerbare Energien, das Versprechen einer Halbierung der verwendeten Menge an Pestiziden, die Verdreifachung der Bio-Agrarflächen, ein Moratorium für GMO, die Energieetikettierung für Grundprodukte ...

Die französische EU-Präsidentschaft hat seit dem 1. Juli die schwere Aufgabe, die Zustimmung für das besagte „Klima-Energie-Paket“ einzuholen. Sie muss also sämtliche diplomatische Kunstgriffe mobilisieren, um ein Abkommen zwischen den 27 Mitgliedstaaten durchzusetzen. Tatsächlich bedürfen mehrere Punkte einer Klärung, insbesondere die Umgestaltung des Emissionshandelssystem (ETS) für den Zeitraum nach Kyoto (ab 2012) oder die Abstufung der Auflagen für die Länder, um die erwähnte Reduktion von -20 % (gegebenenfalls -30 %) zu erreichen. Diese Aufgabe ist bei weitem kein Kinderspiel, da manche Länder der Verpflichtung ablehnend gegenüber stehen, mit dem Argument, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen gerate dadurch in eine höchst prekäre Lage.

Die Zeit drängt. Spätestens Anfang 2009 vor den neuen Europawahlen muss eine Vereinbarung getroffen sein. Die Europäische Union hat die Absicht, beim Kopenhagener Gipfel geschlossen aufzutreten. Europa fällt die Rolle des Leaders zu. Sollte es an dieser Rolle scheitern, gerieten die Verhandlungen in Gefahr.

Im Bewusstsein um die aktuelle Herausforderung trafen sich Nicolas Sarkozy und Angela Merkel im Juni 2008 beim deutsch-französischen Ministerrat im bayrischen Straubing, der sich mit Energie und Klima befasste. Sie haben sich dort nicht nur auf der Ebene des europäischen Aktionsplans gegen die Erderwärmung, sondern auch in Bezug auf die Reduzierung der CO₂-Emissionen für Autos auf eine gemeinsame Position geeinigt. Dieser Punkt, der nicht im „Klima-Energie-Paket“ erscheint, bleibt ein Zankapfel zwischen Paris und Berlin. Im Land, wo die riesigen Motoren regieren, ist ein jeglicher Versuch, den Automobil-Mythos anzukratzen eine überaus heikle Angelegenheit. Anlässlich dieses Treffens haben Angela Merkel und Nicolas Sarkozy allerdings eine gemeinsame Basis gefunden, um die Kommission zu unterstützen und die Automobilhersteller bis 2012 dazu zu bewegen, die CO₂-Emissionen auf durchschnittlich 120 g pro km zu senken. Trotz allem bestand die deutsche Seite darauf, dieses Vorhaben bis dato lediglich auf die neuen Automodelle und nicht umgehend auf den gesamten bestehenden Automobilpark anzuwenden.

Der Energiemix

Die Klimapolitik, ob in Frankreich oder Deutschland, hängt unleugbar mit der Energiepolitik zusammen. Beide Nachbarn haben, um es vorsichtig auszudrücken, bisher sehr unterschiedliche Wege eingeschlagen.

Nach den Ölkrisen der 1970er Jahre hat Frankreich den Weg der Nuklearenergie genommen, um seine energetische Unabhängigkeit zu sichern. Mit derzeit 58 Reaktoren gehört Frankreich unbestritten zu den tragenden Säulen der Kernenergie. Diese übernimmt 77 % der Bruttoproduktion an Elektrizität. In Anbetracht der aktuellen Zielsetzung, die den Rückgang der CO₂-Emissionen zur obersten Priorität erklärt, stellt Frankreich diese Entscheidung nicht in Frage. Der „*Grenelle de l'Environnement*“ hat also die Nuklearentscheidung nicht wieder auf den Tisch gebracht. Frankreich investiert sogar weiterhin in die Zukunft – mit dem EPR-Reaktor (Europäischer Druckwasser-Reaktor) der dritten Generation. Der erste EPR-Reaktor dürfte im Zuge einer deutsch-französischen Kooperation zwischen Areva und Siemens 2011 in Finnland in Betrieb genommen werden. Der zweite ist im normannischen Flamanville geplant. Frankreich begrüßt auf seinem Boden sogar die mögliche Zukunft der Kernenergie: das berühmte ITER-Projekt (Internationaler thermonuklearer Reaktor) in Cadarache.

Gemäß den diesbezüglichen europäischen Richtlinien steigt in Frankreich auch der Anteil an erneuerbaren Energien. Während Frankreich dank der Hydroelektrizität durchaus achtbare Zahlen in der Elektrizitätsproduktion erzielen kann, bleiben die anderen erneuerbaren Energien (Wind- und Solarenergie, Biomasse) trotz ihrer rasanten Entwicklung bisher Randerscheinungen.

Auf der anderen Rheinseite erhitzt die Diskussion um die Zusammensetzung des Energiemixes die Gemüter. Tatsächlich hatte Deutschland unter der Regierung des Tandems Schröder–Fischer nach Verhandlungen mit den Vertreibern beschlossen, durch den Verzicht auf neue Kraftwerke nach und nach aus der Atomenergie auszustiegen. Da der SPD an dieser Entscheidung gelegen war, blieb sie anlässlich des Koalitionsvertrages mit Angela Merkels CDU 2005 unangetastet. Das

Deutsche Prioritäten

Deutschland genießt seit langem den Ruf eines umweltbewussten Landes, der sich durch die Regierungsbeteiligung der Grünen 1998 im Kabinett Gerhard Schröders festigte. Das war die Zeit der Ökosteuer, aber vor allem des 2000 in Kraft getretenen Gesetzes über die erneuerbaren Energien, das in einer ganzen Reihe anderer Länder Nacheiferer gefunden hat. Das Gesetz hat die erneuerbaren Energien, die seitdem ein beachtliches Wachstum erfahren haben, ausgiebig gefördert. Auf diesem Sektor wurde in den letzten Jahren bei den Einstellungen aus dem vollen geschöpft. Doch Deutschland will es nicht dabei bewenden lassen und hat durchaus vor, seinen Platz als Leader im Kampf gegen den Klimawandel zu behaupten. So wurde im August 2007 in Meseberg ein integriertes Programm in 29 Punkten zu den Themen Energie und Klima beschlossen. Das Programm, von Umweltminister Sigmar Gabriel als das „*ehrgeizigste der Welt*“ vorgestellt, setzt sich insbesondere zum Ziel, den anderen Industrie- und Schwellenländern ein Zeichen zu geben. Es muss gezeigt werden, dass ökologische und ökonomische Entwicklung miteinander vereinbar sind. Entsprechend wurde am 5. Dezember 2007 ein erstes „Paket“ von der Regierung vorgestellt, in dem 14 Gesetzes- und Regulierungsvorschläge enthalten waren. Es sieht bis 2020 vor allem eine Reduzierung der Treibhausgase um 40 % vor (nach wie vor gemessen an 1990): 35 % seien allein durch die Senkung der Emissionen zu erreichen, 5 % durch eine verbesserte Effizienz. 2007 liegt Deutschland bei -20,4 % und antwortet somit bereits auf die Zielsetzungen des Kyoto-Protokolls. Um die Anforderungen dieses Pakets erfüllen zu können, hat der Bundestag am 6. Juni 2008 einer Gesetzesreihe zugestimmt, die sich vor allem mit einer Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung und einer neuen Gesetzesfassung zu den erneuerbaren Energien auseinandersetzt.

Das zweite, wenige Tage später, am 18. Juni 2008 vorgestellte Paket, konzentriert sich hingegen auf die Energieeffizienz, insbesondere im Hinblick auf Gebäude. Es befasst sich gleichfalls mit einer Umgestaltung des Vertriebssystems und den Lkw-Emissionen.

Letzte deutsche Atomkraftwerk dürfte demnach 2021–2022 seine Türen schließen. Diese Einbuße wird womöglich unter anderem durch den fabelhaften Aufschwung der erneuerbaren Energien kompensiert, der auf das 2000 erlassene Gesetz zurückgeht. Dieses hat in der Tat bewirkt, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der deutschen Elektrizitätsproduktion von 6,3 % im Jahr 2000 auf 14,2 % im Jahr 2007 anwächst, wodurch das ursprüngliche Ziel von 12,5 % im Jahr 2010 übertroffen wurde. Entsprechend wurden die Ziele mit einem Anteil von 30 % Elektrizitätsproduktion auf erneuerbarer Basis bis 2020 noch einmal höher gesteckt. Aber angenommen, es funktioniert, was geschieht mit den übrigen 70 %, wenn die Nuklearenergie von der Bildfläche verschwindet? Genau darin liegt das deutsche Energie-Dilemma. Umweltminister Sigmar Gabriel sieht sich genötigt, gegen den Protest der öffentlichen Meinung den Bau neuer und natürlich extrem CO₂-Emissionen belasteter Kohlekraftwerke zu verteidigen, mit dem legitimen Argument, ein neues Kraftwerk verschmutze die Umwelt weniger als ein altes. Muss man sich also nach Gas umsehen, womit man vom guten Willen Russlands verhältnismäßig abhängig wäre?

Offenbar sucht Deutschland noch nach einer Lösung für diese Gleichung, und man kann getrost feststellen, dass die Frage der Atomenergie erneut auf den Tisch kommt. Die CDU unter Kanzlerin Angela Merkel macht aus ihrer Meinung keinen Hehl und bezeichnet die Atomenergie sogar als „*ökologische Energie*“. Die SPD beharrt trotz mancher Misstöne entschlossen auf ihrer Position, indem sie das Gefahrenpotential der Atomenergie in den Vordergrund stellt und sich nicht scheut, als Beispiele die Zwischenfälle im französischen Kraftwerk Tricastin und die hinsichtlich des Atommülls bestehende Unsicherheit anzuführen. Die Zukunft der Atomenergie wird entscheidend von dem Kräfteverhältnis abhängen, das aus den nächsten Wahlen 2009 hervorgeht. Einstweilen besteht kein Zweifel daran, dass die Zusammensetzung des Energiemixes eines der Hauptthemen im deutschen Wahlkampf sein wird.